

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Rieser, General Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Griesenbach, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Reichen.

Postkonton: Dresden 1530, Poststraße Rieser Nr. 22.

Nr. 218.

Montag, 13. September 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Wechsler. Für den Fall des Scheiterns von Produktionsunternehmungen, Erhöhungen der Börsen und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für gewöhnliche Rubrik erstklassig, wenn der Betrag verläßt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Jahrs- und Vierteljahrespreise: 24 Mark, 12 Mark, 6 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für gewöhnliche Rubrik erstklassig, wenn der Betrag verläßt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Jahrs- und Vierteljahrespreise: 24 Mark, 12 Mark, 6 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für gewöhnliche Rubrik erstklassig, wenn der Betrag verläßt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Jahrs- und Vierteljahrespreise: 24 Mark, 12 Mark, 6 Mark.

Jetzt Laten!

Der öffentliche Genuß, den die Rede Brandauslöste, hat in Genf einen dichten, nahezu unüberwindlichen Stimmungsnebel geschaffen. Doch das Ereignis seiner oratorischen Meisterleistung wird mit jedem Tag mehr ein Werk der Vergangenheit. Und die Realitäten sind etwas Kompaktere. Sie bleiben unverändert fest und treten klarer in Erscheinung, wenn die Reden, die sie bisher umhüllten, zu sinken beginnen. In Genf hat man sich von der Bankettstube an den Arbeitstisch begeben. Jetzt erst wird sich zeigen, ob das, was man in der feierlichen Aufnahme im Völkerbunde erhoffte, auch Wirklichkeit werden wird. Ob der Friede, den Branda mit so großem Pathos proklamierte, wirklich kommen soll. Ob die Aussöhnung, die wirkliche reifliche Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich, tatsächlich möglich ist. Man hat erfahren, daß Stresemann mit Branda längere Zeit konferierte. Daß zu dieser Besprechung auch der belgische Delegierte Vandervelde zugezogen wurde. Was jedoch der Inhalt dieser Unterredungen hinter verschlossenen Türen war, darüber konnte man sich wenig Klarheit verschaffen. Teils wird behauptet, daß der deutsche Vertreter jetzt schon die Forderungen formuliert hätte, die Deutschland als Grundlage seiner Völkerbundspolitik überhaupt stellen müsse. Andererseits versichert man, daß die Gespräche zwischen dem deutschen und französischen Delegierten nicht aus dem Rahmen einer unverbindlichen Aussprache über Allgemeinheiten getreten wären. Eine ganz besondere Beachtung darf der Mitteilung einer größeren, dem deutschen Außenminister nicht ganz fernstehenden Presseagentur gegeben werden, in der behauptet wird, daß vorläufig lediglich die Frage der Beschaffung der Besatzungstruppen im Rheinland auf 30000 Mann zur Behandlung käme. Was für einmal dahingestellt, ob diese Feststellung Tatsache ist oder nur Kombination. Trifft sie wirklich zu, so wäre sie geeignet, in Deutschland das größte Entsetzen auszulösen. Wir sind Mitglied des Völkerbundes geworden. Damit haben auch die Rechte, die der Völkerbund sich selbst gegeben hat, auch auf uns Anwendung zu finden. Und das wichtigste, primäre Recht, das dieser Genfer Bund seinen Mitgliedern gibt, ist die Garantie der Souveränität der Nationen, die ihm angeschlossen sind.

Stresemanns Genfer Besprechungen.

Genf, 12. Sept. Von gut unterrichteter englischer Seite verlautet, daß zwischen Reichsaußenminister Stresemann und dem französischen Außenminister Branda als Folge des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund bereits Verhandlungen über die im Locarno-Pakt vorgesehenen Auswirkungen eingeleitet worden sind. Der englische Außenminister Chamberlain sowie der belgische Außenminister Vandervelde sollen die Vermittlung für diese Verhandlungen übernommen haben. Zur Verhandlung käme vorläufig die Frage der Beschaffung der Besatzungstruppen im Rheinland auf 30000 Mann.

Deutschseits werde die Einbeziehung der Besatzung des Röhler Erdentropfes in diese Zahl gewünscht, weiter die Klärung der Kurorte Langenscheidt, Kreuznach und Neuenahr, sowie die Zusammenfassung der Besatzungstruppen, die „Unlichtbarmachung der Besatzungstruppen“. Chamberlain soll sich bereit erklärt haben, die deutschen Forderungen zu unterstützen.

Von deutscher Seite liegt eine Bestätigung dieser Nachricht nicht vor; sie wird jedoch andererseits auch nicht in Rede gestellt.

Eine Unterredung mit Vandervelde.

Brüssel, 12. Sept. Nach seiner Rückkehr aus Genf erklärte Außenminister Vandervelde in einer Unterredung mit Pressevertretern, er sei voll und ganz befriedigt von dem Ergebnis von Genf. Ueber seine Aussprache mit Stresemann sagte Vandervelde lediglich, man habe Fragen, die für die beiderseitigen Länder von besonderem Interesse seien, besprochen. Der Austritt Spaniens aus dem Völkerbund werde sicher nicht ein endgültiger sein, meinte Vandervelde. Er hoffe, daß die südamerikanischen Staaten dem Völkerbund treu bleiben würden. Zur Mandatsfrage erklärte Vandervelde, er werde zu, daß Fehler begangen worden seien, daß das ganze Problem einer gründlichen Nachprüfung bedürfe. Ueber die Lage in China fragte, meinte Vandervelde, er glaube, daß sich eine friedliche Vereinbarung im fernsten Osten arrangieren lasse. Vandervelde erklärte ferner, in seiner Unterredung mit Stresemann sei auch die Frage des westeuropäischen Wirtschaftskrisen angeprochen worden. Er verspreche sich viel von einer Eingliederung Englands.

Kolainziehungen aufgedeckt.

Berlin. Eine vielköpfige Bande von Kolainziehern, deren Treiben sich über ganz Europa erstreckte, konnte hinter Schloß und Riegel gefasst werden. Ein Berliner Apotheker namens Dabur wurde als Kolaingroßhändler entlarvt und festgenommen. Von ihm bezogen eine Reihe von Emigranten das Gift, das sie dann in Deutschland vertrieben und nach Paris und nach Riga verschifften. Bisher wurden 15 Personen, meist russische Emigranten, festgenommen.

Die deutsche Delegation in Genf.



Staatssekretär Schubert, Dr. Stresemann und Ministerialdirektor Gaus vor dem Hotel Metropole.

Spaniens Note über seinen Austritt aus dem Völkerbund.

Genf, 11. Sept. Die heute von dem spanischen Konsul in Genf, dem Generalkonsul des Völkerbundes überreichte Note des spanischen Ministers des Auswärtigen, die von San Sebastian, 8. Septbr., datiert ist, hat folgenden Wortlaut:

Die Regierung Seiner Katholischen Majestät bedauert, indem sie sich des Rechtes bedient, das ihr Artikel 8 des Artikels 1 des Völkerbundes gewährt, ein Verlangen zu stellen, daß sie der Auffassung ist, daß die zweijährige Kündigungsfrist, die durch den fraglichen Artikel für den Austritt aus dem Völkerbund festgesetzt ist, für Spanien in seiner Eigenschaft als Mitglied von dem Tage der Übergabe des vorliegenden Schriftstücks ab zu laufen begonnen hat.

Die spanische Regierung hat diese Mitteilung nicht abmitteln wollen, bevor nicht die Versammlung auf einen Voranschlag des Rates und in Gemäßheit der vom Präsidium des Rates formulierten Aufforderung die Reform der Zusammenfassung des Rates gebilligt hat, insoweit die Kündigungsfrist in Frage kommen. Indem sie so handelt, hat sie ihre Achtung gegenüber dem Völkerbunde bekundet und einen Beweis der Korrektheit gegenüber allen Mitgliedern liefern wollen, die ihn unterstützen. Sie hat weiter durch ein dezidiertes Vorgehen abwarten wollen, bis sich die Versammlung über den Eintritt Deutschlands ausgesprochen hat, ein Ereignis, von dem Spanien bringend wünscht, daß die Folgen die günstigsten für den Völkerbund sein mögen.

Spanien ist überzeugt, daß seine Entschlossenheit kein wesentliches Interesse und keinen Grund hat, den Völkerbund zu verlassen. Die spanische Regierung ist glücklich, die Gelegenheiten zu haben, die ihr diese Mitteilung bietet, die sie die Ehre und gleichzeitig das Bedauern hat, dem Völkerbund zu übermitteln, um mit tiefer Bewegung ihre Dankbarkeit gegenüber allen den befreundeten Staaten zum Ausdruck zu bringen, deren Vertreter Spanien Worte des Lobes für die von ihm innerhalb der verschiedenen Organe des Bundes vollbrachte Arbeit und der hohen Wertschätzung und Anerkennung für unser Land ausgesprochen haben. Worte, denen wir immer noch unerschütterliches Gedächtnis bewahren werden. Im Augenblick, wo sich Spanien von dem Völkerbund trennt, um einer gebieterischen Pflicht zu gehorchen, will es noch einmal einen Wunsch formulieren dahingehend, daß sich das hohe Ideal des Völkerbundes vollkommen verwirklichen möge, ein Ziel, für dessen Erreichung der Völkerbund geschaffen worden ist, in dessen Dienst unser Land bisher mit voller Eifer und Erfolg gearbeitet hat. am 10. August.

Deutscher Juristentag in Köln.

Köln. In der ersten Plenarsitzung des 34. Deutschen Juristentages, der am Sonntag nachmittag im großen Gürzenich-Saal eröffnet wurde, überbrachte Reichsjustizminister Dr. Dell

dem Deutschen Juristentag die Wünsche der Reichsregierung und führte u. a. folgendes aus: Wollen wir der internationalen Wiedergeburt unseres Volkes und dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes wirksam dienen, dann müssen wir über alle Hemmungen hinweg tatkräftig der Reform des deutschen Rechts dienen. Für diese Reformarbeiten können die ewigen Sittengesetze, die sich nicht dem Wechsel der Tagesanschauungen und Zeitströmungen unterwerfen lassen, als unerschütterliche Grundlage dienen. Gesetzgebung und Rechtsprechung dürfen keine Fremdbestimmungen im Volkswesen sein, sondern müssen gesunde Volksschauungen entsprechen. Rechtsentwicklung und Rechtsreform müssen unlösbar Bestandteile des großen deutschen Wiederaufbauprogramms sein. Die durch Krieg und Kriegswirkungen verursachte Inwertigkeit der Gesetzgebung muß tatkraftig Beseitigung in den Grundgedanken und Zusammenfassung in den Zweckbestimmungen den Platz räumen. Von staatspolitischer, wirtschaftlicher und sozialer Fortentwicklung sollen auch die auf den verschiedensten zivil- und strafrechtlichen Gebieten angelegten Reformwerke durchzuführen sein, die jetzt in Vorbereitung sind und der möglichst baldigen Verabschiedung entgegengeführt werden sollen. Dem Vorliegen eines parlamentarischen Kriegsunterforschungsausschusses möge es erlaubt sein, ein kurzes Wort zu den Verhandlungen des Juristentages über die Untersuchungsausschüsse zu sagen. Unverkennbar steht diese Einrichtung noch in den Kinderschuhen. Gründliche Forderung und sachkundige Ausprache werden es sich angelegen sein lassen, Fehler der Vergangenheit und Mängel der Auswertung durch praktische Verbesserungsvorschläge auszugleichen. Die Arbeiten für die Reform des Altenrechts sollen unter Berücksichtigung der Erfahrungen des Auslandes mit aller Beschleunigung durchgeführt werden. Auch die Reform des Strafrechts ist in vollem Gange, so daß bereits zu Beginn des kommenden Monats der Reichsrat an die mündliche Beratung des Entwurfs herangehen wird. Unter den Reformarbeiten sind weiter die Regelung eines durchgreifbaren Ehrenrechtes und die Revision des Strafprozessrechts sowie das des Strafvollzugsgesetzes herauszuheben. In die Gewissensfreiheit der deutschen Richter wird nicht eingegriffen werden. Vor ihre Unabhängigkeit werden wir uns nach wie vor schützend stellen. Deutschland vorgestern vollzogener Eintritt in den Völkerbund wird auch vom Standpunkt der Pflege und Fortentwicklung des Rechts, vor allem des öffentlichen und des internationalen Rechts sowie der friedlichen Verständigung der Nationen als wesentlicher Fortschritt angesehen werden dürfen.